

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 165 (1999)

Heft: 10

Artikel: Der neue Bevölkerungsschutz

Autor: Ogi, Adolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-66031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

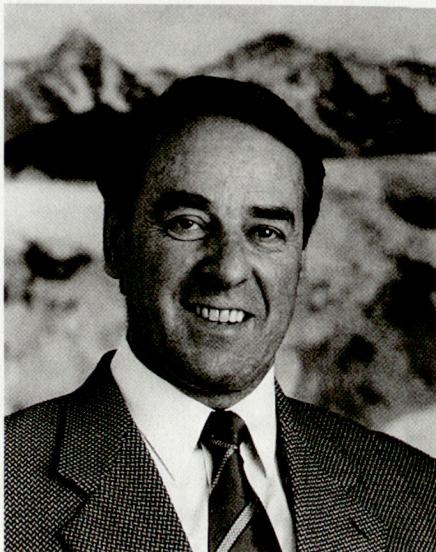
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Bevölkerungsschutz



Ereignisse der letzten Zeit haben uns deutlich vor Augen geführt, wie notwendig eine gut funktionierende zivile Katastrophenhilfe und deren klar geregelte Zusammenarbeit mit der Armee sind. Ich denke hierbei an die Lawinenniedergänge des letzten Winters, an die Überschwemmungen im vergangenen Frühjahr, an die Notwendigkeit der Bewachung von Botschaften. Ich denke aber ebenso an viel schwerwiegenderere Ereignisse im Ausland: Den unfassbaren Krieg im ehemaligen Jugoslawien und das verheerende Erdbeben in der Türkei.

Zwar haben unsere wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumente, die Armee, der Zivilschutz und die Feuerwehren, gute Einsätze geleistet. Aber nicht nur die Ereignisse, sondern auch die Einsätze haben gezeigt, dass es nötig und richtig war, mit der Kommission Brunner auf einen neuen Pfad zu gehen. Die sicherheitspolitische Lage in und um Europa bedingt eine Neuausrichtung unserer Sicherheitspolitik, und die finanzielle Lage der öffentlichen Hand zwingt zur noch besseren Nutzung von Synergien.

Der beschrittene Weg führt auch für den Bevölkerungsschutz vom Bericht Brunner über den sicherheitspolitischen Bericht zu einem neuen Leitbild, zu neuen Rechtsgrundlagen und dann zur Umsetzung, die ab dem Jahr 2003 einsetzen soll.

Dabei geht es beim Bevölkerungsschutz weniger um eine grosse Doktrinschöpfung als vielmehr um ein konsequentes Umdenken, und zwar unter anderem in folgenden Punkten:

- von der Fokussierung auf den «worst case» hin zur differenzierten Berücksichtigung der Risiken und Gefahren;
- von der Ausrichtung auf den bewaffneten Konflikt hin zum Einsatz- und damit Ausbildungsschwerpunkt, welches natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen sowie Notlagen erfordern;

- von der Idee der Vereinheitlichung durch den Bund zur neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen;
- von der Quantität zur Qualität, und zwar vor allem durch die Schaffung und Ausbildung der nötigen Stäbe und Formationen für rasche Einsätze «aus dem Stand».

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 dient auch für die Arbeiten im Projekt Bevölkerungsschutz als wichtige Grundlage. Darin sind die Aufgaben und Mittel des künftigen Bevölkerungsschutzes ebenso festgelegt wie Grundsätze für seine weitere Ausgestaltung. Erwähnt seien hier z.B. die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die strategisch und zeitlich begründete Notwendigkeit, die bestehende Schutzinfrastruktur grundsätzlich zu erhalten.

Damit der Umbau vom bisherigen Nebeneinander der Partnerorganisationen zum Miteinander unter dem gemeinsamen Dach «Bevölkerungsschutz» gelingt, müssen sich alle Beteiligten vorbehaltlos hinter den Leitgedanken der **Sicherheit durch Kooperation** stellen. Dabei ist es unerlässlich, dass Mitwirkung und Mitverantwortung dort ansetzen, wo sich die zivilen Mittel befinden: auf der Ebene der Gemeinden, Regionen und Kantone. In der Projektorganisation und bei den im Projekt eingebundenen Partnern ist ein Arbeitsklima nötig, das es ermöglicht, den Wandel als Chance wahrzunehmen. Oder, um mit Gottfried Keller zu schliessen: «Lasset uns am Alten, so es gut ist, halten; doch auf altem Grund Neues wirken jede Stund.»

Bundesrat Adolf Ogi
Vorsteher des Eidg. Departementes
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport